



Kommentar der ATR-Herausgeber aus ATR-Ausgabe Nr. 92 vom 27.05.2006

Wohin?

Die derzeitige Situation in der Türkei zu beurteilen, wird noch schwieriger. Die von uns in dieser Ausgabe ausgewählten Top-Nachrichten auf der ersten Seite geben nur ein kleines Stück von den Spannungen wider, die derzeit in der türkischen Bevölkerung existieren. Auf der einen Seite wird immer deutlicher, dass es einen so genannten Richtungs-Wettkampf gibt.

Auf der anderen Seite ein Ministerpräsident, der seine Stimme bei einer unstrittig konservativ-religiös eingestellten Bevölkerung eingesammelt hat und im Vorfeld der Wahl versprochen hat, der Religion wieder mehr Einfluss in der Türkei zu verleihen.

Auch die immer wieder von ihm gewählte Formulierung «die Türkei sei ein islamisches Land» bestätigt diese Grundeinstellung.

Doch mit religiösen Separatismus kann man - salopp ausgedrückt - in der Europäischen Union keinen Blumentopf gewinnen. Also entschied sich der Ministerpräsident für einen Pro-europäischen Kurs. Dass er dabei genau die Zielrichtung verfolgte, die der Gründer der Türkei Kemal Atatürk vorgegeben hatte, spielte dabei zunächst keine Rolle.

Doch die Konflikte, die daraus resultieren, dass man zwei diametral entgegengesetzte Geisteshaltungen nicht gleichzeitig zu seiner eigenen politischen Leitlinie machen kann, werden von Tag zu Tag deutlicher. Der gewaltsame Angriff auf fünf türkische Richter durch einen religiös-fanatichen Anwalt brachten den türkischen Ministerpräsidenten in eine schwierige Lage.

Aus religiöser Sicht musste Erdogan - wenn er diese zur Leitlinie für seine Politik machen will - die Entscheidung des obersten Gerichtes, das Kopftuchverbot zu verschärfen, zutiefst verurteilen. Doch ein Attentat auf eine staatliche Institution musste er ablehnen - aus Gründen der Staatsräson. Als Ergebnis gab es eine Klärung, Erdogan plädierte dafür, Staat und Religion deutlicher voneinander zu trennen. Das ist aber im Grunde genau das Gegenteil von dem, was seine politischen Anhänger von ihm erwarten - und was er ihnen letztlich vor der Wahl versprochen hatte.

Wie soll es weiter gehen?

Jürgen P. Fuß

& Andre Morawe